

Ausgangspunkt ist die Kritik an der fehlenden politischen Gestaltung des globalen Finanzmarktes und seiner Wohlstands- und Verteilungseffekte auf die Weltwirtschaft. James Tobin schlug schon 1978 eine Besteuerung aller Devisentransaktionen vor, um eine Entschleunigung des Kapitalmarkts zu erreichen, der Bildung spekulativer Attacken vorzubeugen, zur Wechselkursstabilisierung beizutragen und den Zentralbanken einen gewissen Handlungsspielraum zu verleihen. Seit sieben Jahren findet eine Wiederbelebung von Tobins Vorschlag durch UNO und ATTAC statt, motiviert durch das bedrohlich große Spekulationspotenzial an kurzfristigem Kapital, die Währungs- und Wirtschaftskrisen sowie den entwicklungspolitischen Finanzbedarf. Die Auffassungsunterschiede über die Tobin-Steuer (Tobin Tax) sind fundamental: (a) die Ansicht vom effizienten Finanzmarkt, der die Finanzierung der unternehmerischen Investitionen sicherstellt und darin nicht behindert werden soll, (b) die Perspektive eines spekulativ verzerrten und solcherart ineffizienten Finanzmarkts, der seine Finanzierungsfunktion für die Weltwirtschaft zu Gunsten der Vermögenssteigerungsfunktion für Einzelne vernachlässigt. Dieses Finanzmarktversagen setzt sich auf dem Güter- und Arbeitsmarkt fort und verursacht Einkommens-, Beschäftigungs- und Wachstumsprobleme. (c) Eine dritte Meinung befürwortet eine Tobin Tax deshalb nicht, weil diese von der Notwendigkeit einer Radikalreform des Weltwirtschaftssystems ablenke. Doch die ProponentInnen betonen, dass Tobin-Steuer nur eine ihrer vielfältigen Forderungen zur Gestaltung der Weltwirtschaft sei. Die größte Unsicherheit dürfte in der Frage bestehen, ob und inwieweit eine Tobin Tax politisch realisierbar sei. Ausgestaltungsmöglichkeiten einer Tobin-Steuer gibt es je nach wirtschaftspolitischer Hauptabsicht mehrere. Der Lenkungseffekt einer Tobin Tax wird mit Blick auf ihre niedrigen Dosierungsvorschläge als ziemlich stark eingeschätzt, weil der einheitliche Steuersatz auf Kapitalumsätze angewandt wird, wodurch kurzfristiges, vornehmlich spekulatives Finanzkapital überproportional hoch besteuert wird. Fiskalische (budgetäre) Beschäftigungspolitik stößt bald an die Grenze

einer sich verschlechternden Leistungsbilanz. Die darauf folgende Abwertung initiiert eine Kapitalflucht, welche ihrerseits eine Abwertungsspirale auslösen und kurz- bis mittelfristig zu überhöhter Arbeitslosigkeit führen kann. Hier kann eine Tobin-Steuer den beschäftigungspolitischen Erfolg absichern. Ein hohes Steueraufkommen mag in jedem Fall erwartet werden: wenn die Kapitalflucht (a) eintritt (Tobin-Steueraufkommen) und (b) durch die Tobin Tax verhindert wird (Aufkommen an Massensteuern wegen erhöhter Produktion und Beschäftigung). Die Tobin Tax ist aber auch ein Testballon für internationale Politikzusammenarbeit.